

Her, die sich besonders für diese Frage interessieren, sind an das Zentrum entschlossen, in der Frage der Verfassungsänderungen mit größter Vorsicht vorzugehen. Aus diesem Grunde werde die Reichsregierung auf daran tun, dem Reichstag sobald als irgend möglich eine Denkschrift vorzulegen, damit das Parlament in der Lage sei, sich über die Absichten des Kabinetts zu informieren, ehe irgendwelche Verfassungsfragen im Reichstag angedrungen werden.

Sondierungsabsichten der Reichsregierung

Wie wir hören, steht nunmehr die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Sondierungsaktion in der Frage der Sicherheitsfragen unmittelbar bevor. Es handelt sich dabei zunächst nur um eine provisorische, inoffizielle Prüfung der diplomatischen Verhandlungen mit dem in Betracht kommenden Entente-Mächten England, Frankreich und Belgien, bei der deutscherseits der Wunsch ausgesprochen wird, an der Lösung dieses wichtigen Problems positiven Anteil zu nehmen. In den Berliner Regierungskreisen glaubt man übrigens, daß die alliierten Regierungen schon seit längerer Zeit wegen dieser Frage in Unterhandlungen stehen und daß insbesondere der englische Außenminister Chamberlain während seines Pariser Aufenthaltes mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot einsehend über die Sicherheitsfrage verhandelt hat.

Die Entmilitarisierung des Rheinlandes

(Staats-Informationsdienst.)
In den unterrichteten Kreisen verlautet, daß die englische Regierung in der Garantiefrage einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet hat, der sich hauptsächlich auf die früher schon von Lloyd George und später auch von MacDonald aufgegriffenen Pläne einer Entmilitarisierung des Rheinlandes stützt. Dieses englische Projekt sieht unter anderem vor, daß an Stelle der bisherigen alliierten Besetzung eine Gendarmerie des Völkerbundes tritt und die Kontrolle der Rüstungen im Rheinland durch besondere Organe des Völkerbundes ausgeübt wird. Wie wir hierzu erfahren, steht man in den deutschen Regierungskreisen diesem englischen Vorschlag ziemlich ablehnend gegenüber, da seine Verwirklichung eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität im Rheinland bedeuten würde. Wenn die englische Regierung tatsächlich bei den künftigen Verhandlungen auf die Entmilitarisierung des Rheinlandes zurückkommen sollte, so würde dies nach deutscher Auffassung geeignet sein, die Lösung der Sicherheitsfrage zu erschweren.

Dr. Jarres

Der frühere Reichs-Innenminister Dr. Jarres tritt am 2. Februar seinen Dienst als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg wieder an, nachdem alle Bestimmungen, die seiner Einreise in die belgische Besatzungszone entgegenstanden, aufgehoben worden sind.

Die Zukunft Thüringens

In der letzten Sitzung des Thüringer Landtages erklärte der Finanzminister Dr. v. Klüchner in seiner Staatsrede, entgegengekommenen Berichten deute kein Mitglied der Regierung daran, Thüringen zu veräußern. Ueber die Frage des Anschlusses Thüringens an ein Nachbarland (Sachsen?), wenn sie überhaupt aufreißt werden, würde die Regierung selbst zu entscheiden haben.

Amerikanische Kritik am Bolschewikerterr

Die „New York World“ schreibt in einem Leitartikel: Die Gleichgültigkeit, mit der der Bolschewikerterr die deutsche Antwort auf die alliierte Inquisition behandelt, ist höchst unvorsichtig und verleiht sich nicht dem vollkommen gerechtfertigten Prinzip, das Deutschland in seiner Note aufstellt, in der es die deutsche Regierung leugnet, daß der Vertrag von Brest-Litowsk verlegt worden ist und in der Deutschland eine diplomatische Aufklärung der angeblichen Verletzungen verlangt. Wenn die gegen Deutschland erhobenen Anklagen auf Wahrheit beruhen, so ist es sicher notwendig, daß man diese Einzelheiten auch ansieht, früher oder später muß man es doch tun, also warum nicht früher.

Amerika ratifiziert den Handelsvertrag mit Deutschland nicht

Der Washingtoner Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß, den Staatssekretär Hughes dahin zu informieren, daß es unmöglich sei, den deutschen Handelsvertrag in seiner jetzigen Form zu ratifizieren. Er bedroht auf das schwerste die Lebensinteressen der amerikanischen Handelschiffahrt, da er es der amerikanischen Regierung unterlege, der Handelsflotte Subsidien zu gewähren und auch die amerikanischen Küstenschiffahrt der ausländischen Konkurrenz öffne. Der deutsch-amerikanische Vertragswort sei um so weniger annehmbar, als von ihm die Handelsverträge mit 20 weiteren Staaten abhängen.

Voranschläge Witterung

Vom 30. abends bis 31. abends.
Veränderliche Bewölkung, Niederschlagsreicher, Temperatur wenig verändert, noch böig, aber an Stärke langsam abflauend, westliche Winde. Höhere Lagen des Berges Bestföhn, allmählich abflauend, Temperaturen unter Gefrierpunkt, Schnee.

Der deutsch-französische Gegenstoß

Peinlicher Eindruck der Herriot-Rede in Berlin

Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Herriot läßt den außerordentlich großen Gegensatz erkennen, der immer noch zwischen Deutschland und Frankreich besteht, und der für die nächste Zukunft weitere erhebliche Schwierigkeiten in der außenpolitischen Lage hervorrufen wird. Reichskanzler Dr. Brüning wird nunmehr prompt dem französischen Ministerpräsidenten antworten und man glaubt schon jetzt zu wissen, daß er den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten scharf entgegenzutreten wird. Ueber einstimmend hat man in Deutschland den Eindruck, daß Herriot mit Absicht die Schärfe des deutsch-französischen Gegenstoßes betont hat, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß vorläufig an eine Entspannung nicht gedacht werden kann. Seine Rede hatte denn auch in den Berliner Regierungskreisen einen überaus peinlichen Eindruck hervorgerufen. In den rechtsergebenen Kreisen erklärt man, daß Herriot offensichtlich die Absicht gehabt habe, das neue Reichskabinett, dem er feindselig gegenüberstehe, zu provozieren. Trotzdem werde man deutscherseits in sachlicher und würdiger Form auf die Rede des französischen Staatsmannes antworten müssen, denn bei aller Entschiedenheit, mit der man deutscherseits die neuerlichen Angriffe Herriots zurückweisen müsse, bestehe kein Grund, auf die Herausforderung Herriots einzugehen. Da das Sicherheitsproblem jetzt den Kernpunkt der gesamten europäischen Politik bildet, wird man auch deutscherseits die Umstände würdigen müssen, unter denen die gegenwärtige Diskussion entstanden ist und die bei der weiteren Entwicklung der Dinge eine große Rolle spielen würde. Von größter Wichtigkeit ist die ganz offensichtliche Tatsache, daß die scharfe Tonart des französischen Ministerpräsidenten auf die Verhältnisse der internationalen Militärkontrollkommission zurückzuführen werden muß, die den

größten Teil der in seiner Rede enthaltenen Anschuldigungen gegenüber Deutschland hervorgerufen haben dürften. Hierzu wird von unterrichteter deutscher Regierungskreise bemerkt, daß das Material der Kontrollkommission noch immer nicht der deutschen Regierung bekannt ist und daher auch kaum die Möglichkeit besteht, eine wirksame Auseinandersetzung darüber mit Herriot einzugehen. Bemerkenswerterweise hat Herriot die Forderung ausgesprochen, daß die Entwaffnungsfrage diskutiert werden müsse. Hierzu ist die Reichsregierung, wie sie in den deutschen Noten an die alliierten Regierungen immer wieder erfolglos zum Ausdruck gebracht hat, nicht nur bereit, sondern sie wünscht sogar, daß volle Klärung des Sachverhalts geschaffen wird. Dazu ist es jedoch notwendig, daß der wirkliche Zustand der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht wird. Die Beschuldigungen der Kontrollkommission gegen die Reichsregierung müssen nicht nur beiden Parteien zuzunehmen sein, sondern selbstverständlich der ganzen Welt, damit es möglich sein wird, ein objektives Urteil zu bilden. In den Berliner Regierungskreisen ist man gegenwärtig der Ansicht, daß eine Verhandlung erzielt werden kann, wenn auch auf französischer Seite endlich die Bereitschaft gezeigt wird, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um überhaupt zu Verhandlungen zu kommen. Die deutsche Regierung sei davon überzeugt, daß Herriot von sich aus keine ernstlichen Schwierigkeiten machen wolle, er scheine wirklich nicht die Methoden Poincarés wieder einführen zu wollen. Aus diesen Gründen könne man auch nicht aus seiner Kammerrede die gleichen Schlüsse ziehen, wie man sie ziehen möchte, wenn dieselbe Rede von Poincaré gehalten worden wäre. Der Reichskanzler dürfte daher in seiner Antwort an den französischen Ministerpräsidenten darauf hinweisen, daß die Kammerrede auf die ganze Lage verständig gewirkt hat und daher nicht geeignet sei, eine Politik der Entspannung zu fördern.

Aus dem Reiche und aus den Weiten

Berlin.
Eine ganze Gemeinde durch Grundwasser bedroht. Ein Antrag im preussischen Landtage beschäftigt sich mit der schweren Katastrophe der Gemeinde Hohenneudorf. Durch den Ausbau der Nordbahn wurden die Vorflutverhältnisse so einschneidend geändert, daß das Grundwasser im Laufe der Jahre unaufhaltsam stieg und sich immer weiter ausbreitete. Heute stehen in dem Nordteil alle Keller vollständig unter Wasser, dessen Beseitigung unmöglich ist. In dem Antrage wird auseinandergesetzt, daß es in dem bedrohten Ortstelle keine einwandfreie Wohnung mehr gebe. 106 Wohnungen mit 219 Zimmern seien bisher unbewohnbar geworden und müßten geräumt werden. Bei weiteren 35 Wohnungen mit 74 Zimmern werde dies demnächst der Fall sein. 17 Gärten mit mehr als 1500 Obstbäumen sind vernichtet. Eine Beseitigung des Uebels sei nur durch Schaffung einer geregelten Entwässerung nach dem Westen möglich, deren Kosten auf 350-400 000 M. angeätzt werden. Das Staatsministerium wird nun um Bereitstellung geeigneter Mittel ersucht.

Berlin.
Falscher Mordverdacht. Der Student Gantner, der im Verdacht stand, das Dienstmädchen Stenglerin am Arnswalder Platz ermordet zu haben, macht zunächst seine Angaben mit größter Vorsicht. Er wußte nicht, daß man ihn verhaftet hatte, weil er unter dem Verdacht des Mordes stand, sondern er glaubte, daß man ihn nur wegen Betrübungen festgenommen hätte. Als er aber dann erfuhr, daß man ihn als Mörder der Stenglerin im Verdacht habe, gelang es ihm, einen Alibi-Beweis anzutreten, der sich fast lückenlos auf die ganze Zeit bezieht, in der der Mord verübt wurde. Der Verdacht gegen Gantner ist somit schwer erschüttert und wird wohl kaum aufrecht erhalten bleiben können.

Berlin.
Verhängnisvolle Verwechslung in einer Pförsterei. Durch Verwechslung und leichtfertige Handhabung der Geschosse in einer Berliner Pförsterei ereignete sich ein schwerer Unfall. Die 18-jährige Frieda Oswald in Deelen bei Berlin wurde von einem Herrn aufgefordert, mit einer Freundin Sekt zu trinken. Der Kellner brachte eine Flasche, füllte daraus die Gläser. Die Mädchen tranken und es stellte sich dann heraus, daß der Kellner sich geirrt hatte und statt der Sektflasche eine giftige Säure auf den Tisch gestellt hatte. Die Oswald ist der Vergiftung erlegen.

Dachau.
Beseitigung der Toten der Zeche „Jannibal“. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung und in Anwesenheit der städtischen Behörden wurden vorgestern die Opfer der Zeche „Jannibal“ beigesetzt. In der würdig ausgeschmückten Leihhalle der Zeche waren die sieben Särge unter Vorüberwachen aufgestellt. Die Prediger beider christlichen Konfessionen hielten Ansprachen.

Soburg.
Attentat auf einen Abgeordneten. Am 28. Januar abends wurde auf den bayerischen Landtagsabgeordneten Klinger ein

Anschlag verübt. Auf dem Weg zu seiner Wohnung trat ein unbekannter Mann auf ihn zu und sagte: „Sie haben meinen früheren Regimentschef beleidigt“. Der Unbekannte schlug dem Abgeordneten darauf mit einem Gummiknüppel über den Kopf und eilte davon. Klinger erlitt eine leichte Verletzung.

Hagen.
Neubau-Einsturz. Der Neubau des hiesigen Telegraphenamts, der nach einer Baugelt von etwa vier Monaten unmittelbar vor seiner Vollendung stand, ist gestern mittag gegen 4 Uhr eingestürzt. Das Dach des Neubaus brach zusammen und durchschlug die Decke des zweiten Geschosses. Die Seitenwände stürzten ebenfalls zusammen. Die Zimmer ruhen auf dem Boden des ersten Stockwerkes, das gleichfalls unter der Last einzustürzen droht. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Von den am Bau beschäftigten Arbeitern wird einige vermisst. Die übrigen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Hager Feuerwehre hat die Aufräumungsarbeiten begonnen.

Berlin.
Kampf mit Falschmünzern. Bei der Aushebung einer Falschmünzfabrik in Ehrenfeld wurde der 30-jährige Photograph Johann Molitor, der mit anderen Falschmünzern die Waffe gegen die Polizeibeamten richtete, von einem Beamten in der Notwehr erschossen. Zwei Mitläufer flüchteten.

Offenbach.
Merkwürdiger Unfall bei einer Theateraufführung. Bei der Aufführung von Max Halbes Drama „Jugend“ im Offenbacher Neuen Theater wurde die Schauspielerin Emmi Seipel in der Schlusszene schwer verletzt. In dieser Szene soll ihr schwachsinniger Bruder durch das offene Fenster einen Schuß auf sie abgeben. Es ergab sich nun, daß das Gewehr anstatt mit einer Wapppatrone scharf geladen war. Die Schauspielerin wurde an der rechten Brustseite erheblich verletzt, so daß sie nach dem Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Stettin.
Unter dem Verdacht des Gattenmordes. Mittwoch morgen erschien bei der Polizei der Fleischergehilfe Stolzenberg und meldete, daß seine Frau in der Nacht Selbstmord begangen habe. Als die Polizei in der Wohnung Giesedrehtstraße 13 erschien, fand sie die Frau erhängt auf, die Beine waren zusammengebunden. Die Mordkommission wurde benachrichtigt, die den Ehemann unter dem Verdacht, die Frau ermordet zu haben, verhaftete.

Breslau.
Großer Scheckbetrug. Hier wurde zum Schaden der scheidewegischen Post ein großer Scheckbetrug verübt. Die Polizei verhaftete die Täter, und zwar den gewesenen Polizeibeamten Adolf Rudolf Schiefer aus Budapest, den gewesenen ungarischen Oberleutnant La aus Doreh und den Kommissionsrat Karl Koranyi aus Neuhäusel in der Slowakei. Mit Hilfe dieser noch nicht langgestalteten Manipulationen war es den dreien gelungen, durch gefälschte Erbscheine das Postämteramt in Prag um über 800 000 Kronen zu beschwindeln.

Sächsischer Landtag.

115. Sitzung vom 29. Januar.
Präsident Dinkler eröffnet die Sitzung kurz nach 1 Uhr und gibt den Arbeitsplan des Hauses für die kommende Woche bekannt. Danach sollen Dienstagmorgen am Mittwoch und Freitag abgehalten werden, während am Dienstag der kombinierte Ausschuss zur Beratung des Wohlhabendengesetzes zusammentreten soll.

Abg. Schürich (Soz.) beantragt, in der nächsten Woche überhaupt keine Sitzung abzuhalten, da sämtliche Ausschüsse eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen zu erledigen hätten. Der Antrag Schürich wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Landtag wird also in der kommenden Woche keine Sitzung abhalten.
Dann tritt man in die Tagesordnung ein. **Abg. Gündel (Dn. Sp.)** berichtet für den Rechtsausschuß über die Anträge Hofmann (Dn. Sp.) über Herabsetzung der als übermäßige hoch erscheinenden Verfallsstrafen, Köllig (D. Sp.) über Ermäßigung der Gebührensätze für Grundbucheintragen und Dr. Kauter (Dem.) über Herabsetzung der Gerichts- und Notariatsgebühren bei Eintragungen ins Grundbuch, Handelsregister usw. Einstimmig nimmt der Landtag den folgenden Antrag des Rechtsausschusses an:

Die Regierung zu ersuchen, in eine erneute Nachprüfung der Tarife im Gebiete über die Gerichtsgebühren und zur Gebührenreduzierung für Notare einzutreten, dabei die Tarife den in der letzten Friedenszeit geltenden Sätzen in geeigneten Fällen anzupassen und hierbei zu berücksichtigen, daß die Höhe in Sachsen die in Nachbarländern geltenden imallgemein nicht übersteigen.

Die Beamtenbesoldung.
Abg. Schürich (Soz. Frakt.-Mehrd.) erregt den Verzicht des Sonderausschusses für Beamtenfragen über den Antrag der Abg. Anders, Prl. Dr. Hertwig, Ulrich (D. Sp.) usw., der verlangt, die Regierung solle sich bei der Reichsregierung einsetzen für Vornahme einer durchgreifenden Milderung der Besoldungsordnung sowie zur Aufhebung des Besoldungssperregesetzes. Der Ausschuss beantragt hierzu, den Antrag Anders, da der Preisrückgang nicht eingetreten ist, der Regierung zu empfehlen, daß, solange eine durchgreifende Milderung der Besoldungsordnung und eine Aufhebung des Besoldungssperregesetzes nicht möglich ist, eine wesentliche Erhöhung der Realgehälter der unteren und mittleren Besoldungsgruppen vorgenommen wird, die Beförderungssperre bereits mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 aufzuheben. Hierzu vorliegende Eingaben sollen für erledigt erklärt werden.
Der Mehrheitsantrag wird einstimmig angenommen.

Das Dienststrafrecht.
Abg. Dr. Dehne (Dem.) beantragt für den Antrag seiner Fraktion über ein Gesetz zur Abänderung des Dienststrafrechts. Nach ihm soll die Disziplinarkammer aus sieben Mitgliedern, die den Staatsbeamten entnommen werden, bestehen. Der Disziplinarrat besteht aus neun Mitgliedern, die entsprechend zusammengesetzt sind. Die Mitglieder der gegenwärtigen Mitglieder der Disziplinarkammer endet mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Abg. Dehne bittet um Ueberweisung an den Rechtsausschuß.
Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Abgeordneter und Redakteur.
Abg. Kaula (Dn. Sp.) begründet den Antrag seiner Fraktion, bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden, daß die Immunität der Abgeordneten insoweit aufgehoben wird, daß Presseverbrechen von Abgeordneten, die als Redakteur verantwortlich zeichnen, ohne Ausnahme strafrechtlich verfolgt werden können. Gegen die Stimmen der Unkostenfaktoren und Kommunisten wird der Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Erwerbslosenfragen.
Abg. Lippé (D. Sp.) berichtet für die Mehrheit des Haushaltsausschusses über einen Antrag des Abg. Berg (Komm.), die Beseitigung des Erwerbslosenendbetr. Die Mehrheit beantragt, den Antrag Berg für erledigt zu erklären und das Wohlhabendensministerium zu beauftragen, eine laufende Statistik über die Zahl der Fürsorgeempfänger und der Zuschlagsberechtigten sowie der Art der Fürsorge (Reinrentner, Arbeitslosen usw.) aus allen sächsischen Gemeinden anzufordern und für den Freistaat Sachsen zusammenzustellen.
Die Minderheitsanträge werden abgelehnt, der Mehrheitsantrag wird angenommen.

Die Garth bei Leipzig.
Dann spricht **Abg. Börner (Dn. Sp.)** zu seiner Anfrage, die sich mit der von der Kriegergesellschaft Sächsische Werke beabsichtigten Abholzung des südlichen Teiles der sogenannten Garth, des einzigen Kadelwaldes in Leipzig nahe, beschäftigt. Die Abholzung soll zum Zwecke der Kohlegewinnung geschehen. Der Redner betont, die Garth müsse der Stadt Leipzig schon aus Gesundheitsrücksichten unbedingt erhalten bleiben.

Finanzminister Dr. Reinhold: Das Finanzministerium nimmt mit seiner Kohlenpolitik in erster Linie nicht fiskalischer Interessen wahr, sondern die Interessen der Allgemeinheit, vor der es nicht zu verantworten ist, daß die großen Kohlenhöfe, die unter Leipzig und der Umgebung lagern, für alle Zeit dadurch verlorengehen, daß die Oberflächengruben bebaut werden. Der Gesamtbedarfsplan für Leipzig, der bearbeitet wird und die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt berücksichtigt, soll, wie mit der Regierung eingehend beraten werden und dann wird die Frage sein, ob die Interessen Leipzigs die der Allgemeinheit überwiegen. Unter der Garth lagert ganz besonders viel und gute Kohle, sodas man es nicht verantworten kann, sie nutzlos zu lassen.
Es wird die Beilagsfähigkeit des Hauses angezweifelt. Die Auszahlung ergibt die Beilagsfähigkeit. **Schluss der Sitzung 17 Uhr.**